

Kommentar

Realitätsnah,
nicht
theoretischvon
Hans-Ruedi
Rüegsegger

Obigatorischer Militärdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer», «Verbot von Einweg-E-Zigaretten zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und vor allem der Jugendlichen» und «Besteuerung von Zucker in zuckerhaltigen Getränken und Lebensmitteln». Diese drei Themen diskutieren morgen und übermorgen drei Oberstufenklassen aus Siebnen, aus dem Kanton Neuenburg und aus dem Kanton St. Gallen – und dies im Bundeshaus in Bern (siehe Bericht Seite 5).

Mit dem Simulationsspiel «SpielPolitik!» des Vereins Schulen nach Bern zeichnen die Schülerinnen und Schüler der dritten Oberstufe den politischen Weg nach, den ein Anliegen zu durchlaufen hat: von der Idee eines Vorstosses, der Formulierung einer Initiative übers Sammeln von Unterschriften, der Auseinandersetzung mit einem Gegenvorschlag bis zur Arbeit in den Kommissionen. Schliesslich folgt die Debatte im Ratssaal – mehrsprachig mit Simultanübersetzung. Die Schülerinnen und Schüler lernen zu argumentieren und wohl auch, Kompromisse zu finden. Zum Schluss wird abgestimmt.

Es ist nicht anzunehmen, dass alle Beteiligten später mal im National- oder Ständerat sitzen werden. Denn nicht alle Schülerinnen und Schüler seien gleich politisch interessiert, wie die Lehrerin der Siebner Klasse sagt. Aber alle werden sich an dieses Simulationsspiel erinnern und werden künftig politische Prozesse eher nachvollziehen können. So sollte der Unterricht für künftige Staatsbürgerinnen und -bürger aussehen – nicht theoretisch, sondern realitätsnah. Ein Spiel zwar, aber gelebte Demokratie.

Der Bezirk March kommt als Lebensraum in Frage

Fotofallen sollen die Luchspopulation in der Zentralschweiz ermitteln. Zehn davon sind in Ausserschwyz geplant. Für die grösste Raubkatze Europas bieten dabei die Wälder der March gute Lebensraumbedingungen.

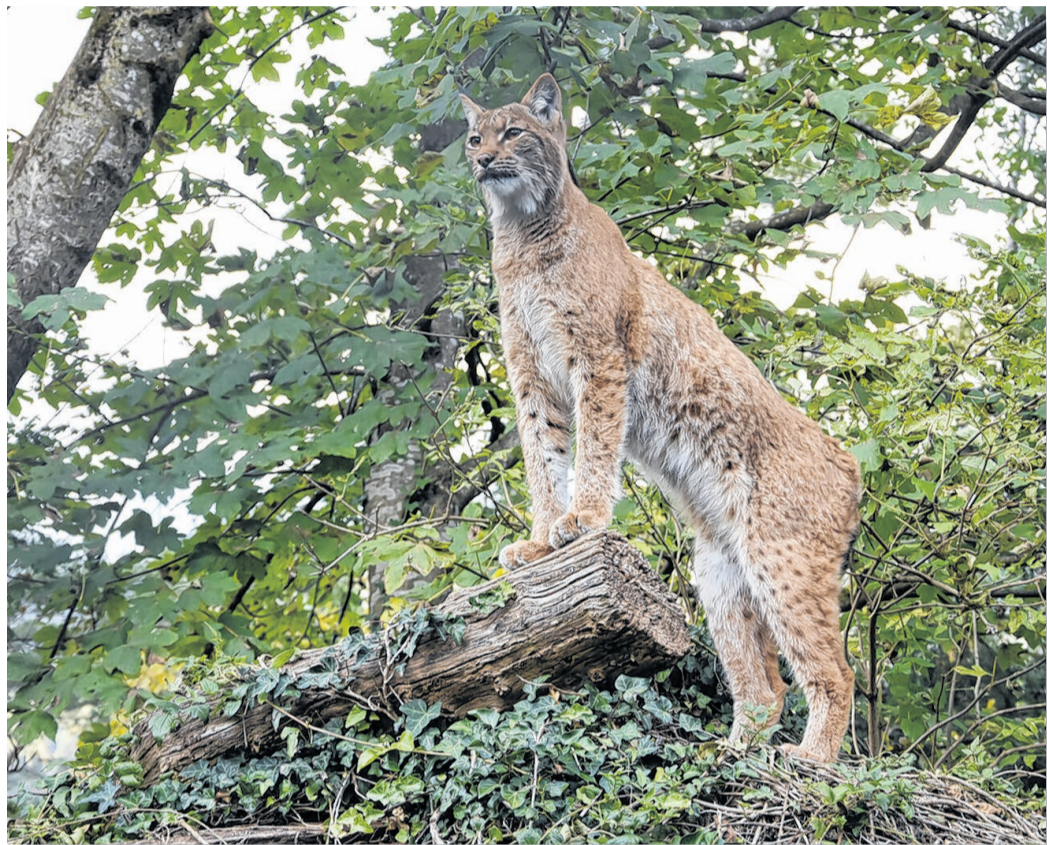
von Martin Bruhin

Einst wurde der Luchs in der Schweiz ausgerottet. Vor 45 Jahre siedelte man die Raubkatze hierzulande wieder erfolgreich an. Seither breitet sie sich langsam wieder aus. Der Kanton Schwyz will nun zusammen mit Glarus, Uri und Zug sowie der Stiftung KORA (Kompetenzzentrum für Raubtierökologie und Wildtiermanagement) herausfinden, wie gross die Luchspopulation in der östlichen Zentralschweiz ist. Dafür werden ab Februar an insgesamt 84 Standorten systematisch Fotofallen aufgestellt. Die Resultate werden im Herbst erwartet (wir berichteten).

Zehn davon sind in Ausserschwyz geplant, wie Tamara Braun vom Amt für Wald und Natur auf Anfrage verrät. Sie werden in Waldgebieten von Reichenburg bis Schindellegi zwischen 600 und 1200 Metern über Meer platziert.

Optimaler Lebensraum

Ob und wie viele Luchse es derzeit in Ausserschwyz gibt, ist nicht klar. Dass die Tiere hier heimisch sind oder zumindest sein könnten, ist



Anmutig und geheimnisvoll: Rund 300 Luchse leben inzwischen wieder in der Schweiz.

Bild Hans-Ruedi Rüegsegger

Eurasischer Luchs

Bei der in der Schweiz vorkommenden Luchsart handelt es sich um den **Eurasischen Luchs**. Mit einer Schulterhöhe von 50 bis 70 Zentimeter ist seine Grösse etwa mit der eines ausgewachsenen Schäferhundes vergleichbar. Auf seinem Speiseplan stehen hauptsächlich **Rehe und Gämsen**. (bru)

aber möglich. Denn: «Ein geeigneter Luchslebensraum wird in erster Linie durch die Waldfläche gebildet», sagt Braun. Aufgrund des hohen Raumbedarfes dürfen diese nicht zerklüftet sein, sondern müssen sich breit und gürtelartig ausdehnen. «Die Weiträumigkeit ist ausschlaggebend für die Etablierung einer Luchspopulation», sagt sie.

Diese Voraussetzung ist im Bezirk March gegeben. Das potenzielle Habitat werde hier vom stark besiedelten linken Zürichseeufer begrenzt. Dennoch könnten Flächen ausserhalb der Wäldungen kurzfristig und je nach

Lage als Durchgangskorridor genutzt werden, sagt Tamara Braun.

Im Bezirk Höfe sieht es für den Luchs weniger gut aus, denn er ist von Hauptstrassen durchquert sowie von Siedlungen und offene Landschaften geprägt. Der menschliche Einfluss ist zu gross.

Bei Begegnung ruhig bleiben

Dass man bei einem Spaziergang oder einer Wanderung im Wald einem Luchs begegnet, ist laut Braun eher unwahrscheinlich, da die Tiere Menschen meiden. Dazu kommt: «Sie jagen in der Dämmerung, und tagsüber sind sie

durch ihr Fell in ihrem Lebensraum getarnt», sagt sie.

Wer trotzdem einem Luchs begegne, könne dies gerne dem gebietszuständigen Wildhüter melden – im besten Fall gleich mit Bildmaterial der Sichtung, so Braun. Angst haben muss man vor der Raubkatze nicht. «Der Luchs stellt keine Gefahr für den Menschen dar», sagt Braun. Bei einer Begegnung solle man aber ruhig bleiben, Hunde an die Leine nehmen und sich langsam zurückziehen. Das Tier darf nicht verfolgt werden. Der Luchs wird sich nicht entfernen, falls der Nachwuchs sich in der Nähe befindet.

«Die direkte Demokratie kommt buchstäblich unter die Windräder»

Der Feusisberger Siegfried Hettegger, Präsident von «Freie Landschaft Schwyz», wehrt sich gegen geplante Windparkprojekte. Auch im Kanton Schwyz.

mit Siegfried Hettegger sprach Christoph Clavadetscher

Die vergangene Woche vom Verein Freie Landschaft Schweiz national lancierte Gemeindefürsorge-Initiative will für die Bevölkerung von Gemeinden, in deren Umgebung Windräder geplant werden, die demokratischen Mitspracherechte sichern. Siegfried Hettegger, Präsident von Freie Landschaft Schwyz, engagiert sich ebenfalls dafür.

Sie engagieren sich im Initiativkomitee für die Gemeindefürsorge-Initiative. Warum?

Weil die direkte Demokratie auf Gemeindeebene buchstäblich unter die Windräder kommt. Es ist stossend, wenn diejenigen, die in ihrer Umgebung die Folgen der heutigen Monsterwindturbinen zu tragen haben, nicht mitentscheiden dürfen. Zur Durchsetzung der Energiewende werden Gemeinden und Bevölkerung entmachtet. Das ist das Ende unserer bewährten Gemeindeautonomie. Statt

direktdemokratischer Mitbestimmung soll in Zukunft von oben her diktiert werden.

Was beinhaltet die Initiative denn konkret?

Die Bürger der Standortgemeinde und betroffener Nachbargemeinden müssen Windparkprojekten zustimmen.

Aber ist das Mitspracherecht der Bevölkerung nicht eh schon gegeben? Etwa im Rahmen der Zonenplanung?

Die heute bestehende Entscheidungskompetenz der Gemeinden bei kommunaler Richtplanung und Bewilligung ist dem Bund und manchen Kantonen ein Dorn im Auge. Bei Energieanlagen soll deshalb den Gemeinden die Mitbestimmung vollständig entzogen und stattdessen ein Schnellverfahren auf kantonaler Ebene eingeführt werden. So will es die «Beschleunigungsvorlage» des Bundesrates.

Wie präsentiert sich die Situation derzeit im Kanton Schwyz?

Im Moment ist es trügerisch ruhig. Trotz massivem Widerstand hat der Regierungsrat im letzten Jahr bekanntlich drei



Windpotenzialgebiete in den Richtplan aufgenommen. Auch die Gemeinde Tuggen, auf deren Gebiet die meisten Windräder geplant sind, nämlich sechs von insgesamt dreizehn, hat sich dagegen ausgesprochen. Befürworter und potenzielle Investoren machen aber schon längst Druck auf Ausweisung von noch mehr Windzonen.

Ohne Energiewende ist der Klimawandel aber nicht zu bremsen. Können wir uns Landschaftsschutz überhaupt noch leisten? Muss nicht alles unternommen werden, um auf alternative Energiequellen zu setzen?

Ich muss es immer wiederholen: Die Schweiz ist kein Windland. Windenergie kann nur eine marginale Rolle

spielen, sie löst kein Problem, sondern schafft nur neue für Bevölkerung, Landschaft und Tiere. Der Stromertrag ist viel zu gering. Ineffizienz und Fluktuation verursachen riesige Kosten an Subventionen und Systemkosten. Das treibt den Strompreis noch weiter in die Höhe.

Wo sehen Sie denn Potenzial für erneuerbare Energie? Besonders im Kanton Schwyz?

Das Potenzial unseres Kantons an alternativen Energiequellen liegt vor allem in Solarenergie, Umweltwärme und Biomasse, wie man in der kantonalen Energiestrategie 2013–20 nachlesen kann.

Alpine Solaranlagen, wie eine etwa in Oberiberg geplant ist, stören Ihre Organisation also nicht?

Wir engagieren uns derzeit nur gegen Windkraftanlagen an ungeeigneten Standorten. Wir sind für Solarenergie auf bereits überbauten Flächen. Freiflächenanlagen dagegen wie «Alpin Solar Ybrig» lehnen wir ab.

Abobestellcoupon

Bitte senden Sie mir folgende Zeitung

- March-Anzeiger
 - Höfner Volksblatt
 - 1 Monat Probeabo kostenlos
 - 12 Monate zu Fr. 302.–
 - 24 Monate zu Fr. 568.–
 - 6 Monate zu Fr. 160.50
- (alle Preise inklusive MwSt und E-Paper)

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Unterschrift _____
Datum _____
Telefon _____

Bitte senden an:

March-Anzeiger Höfner Volksblatt
Alpenblickstrasse 26 Verenastrasse 2
8853 Lachen 8832 Wollerau
Tel. 055 451 08 78 Tel. 044 787 03 03
Fax 055 451 08 89 Fax 044 787 03 01
aboverwaltung@marchanzeiger.ch
aboverwaltung@hoefner.ch